

Gäfgen, Gérard

Article — Digitized Version

Irrwege der Inflationbekämpfung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Gäfgen, Gérard (1967) : Irrwege der Inflationbekämpfung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 47, Iss. 5, pp. 249-252

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133716>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Irrwege der Inflationsbekämpfung

Prof. Dr. Gérard Gäfgen, Hamburg

In der Nachkriegszeit beobachten wir in fast allen Ländern der westlichen Welt eine schleichende Entwertung des Geldes — gemessen an der jährlichen Steigerung des Preisindex der Lebenshaltung (oder des Sozialprodukts). Diese Steigerungsrate des Preisniveaus ändert sich zwar von Jahr zu Jahr, bleibt jedoch im längerfristigen Durchschnitt ziemlich konstant, so daß wir von einer „schleichenden“ Inflation sprechen — im Unterschied zur sich beschleunigenden „galoppierenden“ Inflation, wie sie als Einzelereignis aus der Vorkriegsgeschichte ja zur Genüge bekannt ist. Beide Inflationstypen können nicht in einen Topf geworfen werden, wie das bei einer Durchschnittsbetrachtung der Zeit von 1913 bis heute der Fall wäre — eine Betrachtung, aus welcher manchmal der falsche Schluß auf eine „säkulare“ Inflation gezogen wird. Vielmehr sind in diesem langen Zeitraum ganz unterschiedliche politische und gesellschaftliche Kräfte am Werk gewesen, und wir müssen uns bei der Analyse der gegenwärtigen schleichenden Inflation auf die heutige gesellschaftliche und ökonomische Situation beschränken.

Gewiß, alle Inflationen haben gemeinsame Merkmale: eine offene oder durch Preisstopp vorübergehend verschleierte Geldentwertung, beruhend auf einer übermäßigen Vermehrung des effektiven Geldvolumens. In einer Inflation muß stets die effektive Gesamtnachfrage (Geldmenge mal Umlaufgeschwindigkeit des Geldes) größer sein als das Gesamtangebot, bewertet zu den bisherigen Preisen; das ist eine logische *conditio sine qua non* für eine Erhöhung des Preisniveaus über den bisher erreichten Preisstand hinaus. In einer real wachsenden Wirtschaft bedeutet das, daß die wirksame Geldmenge stärker als die Produktion wächst, daß also der Geldball einer besseren Ausnutzung bestehender Kapazitäten und der Vermehrung der Produktionskapazität durch Kapitalbildung, vermehrtes Arbeitspotential und technischen Fortschritt laufend voranrollt. Nur selten haben wir beobachten können, daß der Steigerung des Preisniveaus ein absoluter Rückgang der Produktion (Rezession) gegenüberstand. Das war nur in sehr kurzen Phasen der schleichenden Inflation der Fall — Phasen der sogenannten *Kosteninflation*, die sich zum Teil aus dem Nachholen von Preis- und Lohnforderungen aus einem vorhergehenden Anstieg der effektiven Nachfrage erklären. Im Gegensatz zur Auffassung mancher Praktiker läßt sich in der Regel die Erhöhung des Preisniveaus nicht aus *Kostenerhöhungen* erklären; denn die erhöhten Kosten könnten gar nicht auf die Preise

überwältigt werden, wenn nicht gleichzeitig die Nachfrage entsprechend angestiegen wäre, und das wiederum wird auf die Dauer nur durch eine Vermehrung der Geldmenge bewirkt. Demnach scheint die Ursache der Inflation in der Aufblähung der Geldmenge zu liegen; die Bekämpfung der Inflation hätte dann eben bei der Geldmenge anzusetzen, deren Wachstum verlangsamt oder sogar wieder rückgängig zu machen wäre. In der Tat läßt sich durch eine restriktive Geldpolitik, wie sie 1966 in der Bundesrepublik betrieben wurde, das Anwachsen der effektiven Nachfrage abbremsen. Durch Verknappung und Verteuerung des Kredits werden die Investitionsabsichten eingeschränkt, die Nachfrage nach Investitionsgütern sinkt. Dadurch entstehen in der Investitionsgüterindustrie geringere Einkommen, und das hat wieder zur Folge, daß die Ausgaben für Konsumgüter zurückgehen. Der psychologische Effekt eines verringerten Preisanstiegs und einer Gefährdung der Einkommen verstärkt dann noch die Zurückhaltung der Käufer. Die staatliche Fiskalpolitik könnte noch ein übriges tun und die Staatsausgaben für Güter und Dienste herabsetzen oder die Steuern erhöhen.

GELDPOLITIK TRIFFT INVESTITIONEN

Mit diesen heute bereits klassischen Mitteln, von denen die der Fiskalpolitik in der Bundesrepublik allerdings bisher kaum Anwendung fanden, kann man also eine Vorbedingung der Inflation beseitigen und so die Inflation bekämpfen. Die Frage ist nur, welche unerwünschten Nebenwirkungen man damit noch zusätzlich hervorruft und ob man damit auch die tieferen eigentlichen Ursachen der Inflation trifft. Schon der Ansatz der Geldpolitik bei den Investitionen zeigt, daß sie einfach irgendeinen Teil der Gesamtnachfrage drosselt, um eine Gesamtdrosselung zu erreichen. Es kann aber durchaus sein, daß gerade in den betroffenen Sektoren gar keine Übernachfrage vorhanden war und daß man hier eine Unterbeschäftigung hervorruft, nur um eine Überbeschäftigung in anderen Sektoren zu kompensieren. In der Hochkonjunktur pflegt zwar die Übernachfrage gerade im Investitionsgütersektor besonders ausgeprägt zu sein; es kann aber geschehen, daß die Geldpolitik auch nach Beseitigung dieser Überinvestition die Investitionsausgaben noch weiter herabdrückt, weil die Preisbewegung in den übrigen Sektoren noch nicht zum Stillstand gekommen ist. So war z. B. Ende 1966 — im Gegensatz zu 1965 und zu Beginn des Jahres 1966 — die Investitionsgüternach-

frage schon gar nicht mehr der treibende Inflationsfaktor. Als Folge der hervorgerufenen partiellen Unterbeschäftigung der Investitionsgüterindustrie können wir registrieren:

- einen Verlust an laufender Produktion,
- einen Verlust an zukünftigem Wachstum als Folge verminderter Anlageinvestitionen,
- einen nochmaligen Wachstumsverlust, wenn auch die öffentlichen Infrastrukturinvestitionen (als Folge bewußter Ausgabeneinschränkung oder als Folge verminderter Steuereinnahmen) sinken; gerade diese sind aber eine wichtige Vorbedingung für die zukünftige Produktivitätsentwicklung und ermöglichen erst eine höhere Produktivität der privaten Investitionen,
- eine Minderung der Beschäftigtenzahl (Arbeitslosigkeit), die auch ohne Produktionsverlust schon als Übel anzusehen wäre.

Dem steht gegenüber ein schwacher und einmaliger Produktivitätsgewinn aus dem Rationalisierungs- und Leistungsdruck, dem sich Unternehmer und Arbeiter ausgesetzt sehen.

Die erwähnten Nachteile, die als Folge der Inflationsdämpfung durch restriktive Geldpolitik in Kauf zu nehmen sind, könnten wie folgt gerechtfertigt werden:

- Die hervorgerufene Dämpfung des wirtschaftlichen Wachstums sei ein unvermeidliches Opfer für die Verringerung der Geldentwertungsrates. Wir müßten also auf die Dauer geringere Inflationsraten durch vermindertes Wachstum erkaufen. Dieses Argument wäre richtig, wenn sich nachweisen ließe, daß im langfristigen Trend ein enger Zusammenhang zwischen Inflations- und Wachstumstempo bestünde. Alle angestellten internationalen Vergleiche haben jedoch ergeben, daß hohe Wachstumsraten weder notwendig mit hohen noch mit niedrigen Inflationsraten Hand in Hand gehen; das gleiche gilt für den Zusammenhang zwischen geringem Wachstum und Inflation (z. B. in England und den skandinavischen Staaten).¹⁾
- Eine kurzfristige Beschleunigung des Wachstums (Konjunkturüberhitzung) ginge stets mit einer Beschleunigung des Inflationstempos einher, und einem solchen schnellen Aufschwung müßte später eine Krise folgen. Demnach seien restriktive Maßnahmen als Taktik anzusehen, die einer langfristigen Strategie der Wachstumsförderung dienlich sei.²⁾ Man opfere also kurzfristig Wachstumsmöglichkeiten, führe eine Konsolidierungsphase herbei und schaffe damit erst eine gesunde Basis, von der

1) Zur Widerlegung des zwangsläufigen Zusammenhanges zwischen hoher Wachstums- und hoher Inflationsrate siehe z. B. G. Gäfen: Fördert die Inflation das Wachstum der Wirtschaft? In: Zeitschrift des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, 78. Jg. (1961), S. 339ff.

2) Zur Unterscheidung zwischen Taktik und Strategie in der Wirtschaftspolitik unter besonderer Berücksichtigung der anti-inflationären Maßnahmen in der Bundesrepublik vgl. neuerdings G. Bombach: Taktik und Strategie in der Wirtschaftspolitik. In: Kyklos, Vol. XX (1967), S. 103ff.

aus das Wachstum sich fortsetzen könne, ohne daß es erneut zur Gefahr einer krisenhaften Übersteigerung komme. Die Notwendigkeit von Konsolidierungsphasen oder die Zwangsläufigkeit von größeren zyklischen Rückschlägen läßt sich aber — wenn man nicht an die immanente Logik der älteren Modelle des Konjunkturzyklus glaubt — nur schwer nachweisen. Sicherlich entstehen in ausgeprägten konjunkturellen Aufschwüngen Disproportionen und Fehlkapazitäten; selbst ein gleichmäßiges Wachstum würde als Folge des damit verbundenen strukturellen Wandels dauernd partielle Strukturkrisen mit sich bringen, und in manchen Zeiten häufen sich solche strukturellen Schwierigkeiten geradezu an (vor allem, wenn die Wirtschaftspolitik selbst dauernd die Anpassung von Fehlstrukturen hinauszögert). Die Überwindung dieser Schwierigkeiten, insbesondere die Wiedereingliederung dadurch freigesetzter Produktivkräfte an günstigeren Stellen, fällt aber gerade in Phasen eines kräftigeren Wachstums viel leichter als in sogenannten Konsolidierungsphasen. Die rechtzeitige Dämpfung von Überhitzungserscheinungen braucht daher nicht so weit zu gehen, daß sie rezessive Tendenzen auslöst, sondern nur so weit, daß sie nicht mehr an Inflation zuläßt, als für eine weitere Fortsetzung eines gleichmäßigeren Wachstums erforderlich scheint. Geht sie darüber hinaus, so wird nicht zukünftiges Wachstum gefördert, sondern geschädigt; es wird ein taktischer Vorteil im Kampf gegen die Geldentwertung erzielt, ohne daß sich dieses Konzept in eine Strategie der Wachstumspolitik einordnen ließe. Fängt man auf diese Weise einen einmaligen stärkeren Inflationsstoß durch ein einmaliges Wachstumsoffer ab, so kann man dies also nicht wachstumsstrategisch begründen, wohl aber mit der Bedeutung rechtfertigen, welche die Allgemeinheit der Erhaltung einer gewissen Geldwertstabilität beimißt. Ob sich die Allgemeinheit dabei über das Opfer klar ist, welches sie der Geldwerterhaltung bringt, und ob Geldwertstabilität aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit für manche Einkommensgruppen und Eigentümer von Geldvermögenstiteln Priorität genießen muß, bleibe dahingestellt (es ließen sich leicht Ausgleichsmaßnahmen zugunsten der durch die schleichende Inflation Geschädigten denken).³⁾ Nur wenn die Gefahr eines völligen Verfalls der Währung droht, ist eine Priorität der Geldwertstabilität als absolut zu verstehen.

- Demnach gibt es neben dem Argument des Daueropfers und dem des nur taktischen Opfers noch ein drittes Argument zugunsten der globalen Restriktionspolitik: Sie könnte nämlich Bestandteil einer langfristigen Strategie nicht der Wachstumsförderung, sondern der Vermeidung einer galoppieren-

3) Die Umverteilungswirkungen werden nach neueren Forschungsergebnissen auch für vergangene große Inflationen nicht mehr als derart gravierend angesehen. Siehe etwa K. Laursen und J. Pedersen: German Inflation 1918-1923, Amsterdam 1964.

den Inflation sein: ein ungesund hohes Wachstum mit stärkerer Preissteigerungsrate als bisher müßte danach aus dem Grunde gebremst werden, weil sich sonst eine dauernde Beschleunigung des Inflationstempos ergäbe. Es gibt in manchen Ländern Wachstumsfanatiker, die auch das in Kauf nehmen und kaltblütig einer dann später vorzunehmenden Währungsreform ins Auge sehen. Sie haben sicher Unrecht, weil auch ein sehr langer Zyklus aus inflationärer Wachstumsförderung mit folgendem Rückschlag durch Währungsreform nicht notwendig zu einer höheren durchschnittlichen Wachstumsrate führt als eine Politik des gleichmäßigen Wachstums. Ebensovienig sind aber diejenigen im Recht, die glauben, daß ein kurzfristig übersteigertes Wachstum zwangsläufig der Beginn einer Inflationsbeschleunigung sein müsse⁴⁾; denn in der schleichenden Inflation hat es bisher stets abwechselnd Phasen stärkerer und dann wieder schwächerer Geldentwertung gegeben; ja selbst Länder mit erstaunlich hohen Inflationsraten weisen über längere Zeit hinweg keine Inflationsbeschleunigung auf. Wir wissen allerdings nicht, bei welcher Inflationsrate die schleichende Inflation in eine trabende und schließlich galoppierende Inflation übergeht (einige Beschleunigungsmechanismen geldpsychologischer Art und vor allem fiskalischer Art sind bekannt, aber nicht an bestimmte Inflationsraten gebunden). Die schleichende Inflation ist jedoch gerade durch eine gewisse Konstanz der Geldentwertungsrate gekennzeichnet; ihre Bekämpfung ist daher kaum mit drohender Beschleunigungsgefahr zu rechtfertigen.

WACHSTUMSFÖRDERUNG — MITTEL DER INFLATIONSBEKÄMPFUNG

Was aber schwerer wiegt, ist, daß die Inflationsbekämpfung durch starke und globale monetäre Restriktionen sogar ein strategischer Fehler bei der Dämpfung der schleichenden Inflation selbst sein kann. Das ist dann der Fall, wenn der in Kauf genommene Produktionsausfall und Wachstumsverlust für die nächste Zukunft längerfristig gesehen sogar die schleichende Inflation begünstigt. Vieles spricht dafür, daß dem so ist: Wir leben in einer dynamischen Gesellschaft, die an ein gewisses Maß von Wirtschaftswachstum gewöhnt ist und in der alle Gruppen von Periode zu Periode ihre Ansprüche dauernd steigern; vor allem die Vertreter organisierter Gruppeninteressen müssen von Jahr zu Jahr gewisse Erfolge in Form von Zuwachsraten des Nominaleinkommens der Gruppenmitglieder vorweisen können. Stehen diese

⁴⁾ Selbst für die deutsche Hyperinflation nach dem ersten Weltkrieg kann von zwangsläufiger Beschleunigung erst in einer allerletzten Inflationsphase die Rede sein. Siehe K. Laursen und J. Pedersen, a.a.O. Auch neuere theoretische Untersuchungen verneinen den Selbstbeschleunigungseffekt ständiger Preisniveauerhöhungen, wie z. B. H. Timm: Bemerkungen zum inflationären Wachstum. In: H. Jürgensen (Hrsg.): Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft (Festschrift für A. Predöhl), Göttingen 1964, S. 523ff.

Ansprüche von Gewerkschaften, Unternehmern, Sozialrentnern, „Öffentlichen Händen“ usw. miteinander in Konflikt, reicht also das Sozialprodukt zu ihrer Befriedigung nicht aus, so ergibt sich bei elastischem Geldsystem eine gewisse Inflationsrate oder bei restriktiver Geldpolitik eine Unterbeschäftigung. Die entstehende Inflationsrate überdeckt den zugrunde liegenden Verteilungskonflikt (soweit sie nicht allzu viele Gruppen zugunsten einiger weniger starker inflationsinteressierter Gruppen schädigt). Der dauernde Anstieg der Nominalansprüche beruht zum Teil auf Besonderheiten einer konsumtiv orientierten und außengeleiteten Gesellschaft. Sehen wir ihn als unvermeidlich an, so wäre die einzige Möglichkeit zur Dämpfung einer schleichenden Inflation eine Förderung des wirtschaftlichen Wachstums, die dafür sorgt, daß soviel Nominalansprüche wie möglich auch zu tatsächlichen Realeinkommen werden. Die andere Alternative wäre ein „Nichtmitziehen“ der Geldpolitik, die aber einen dauernden Trend zur Unterbeschäftigung zur Folge hätte und zunächst aus der Nachfrageinflation nur eine stetige Kosteninflation machen würde. Die einzige Hoffnung wäre dann die, daß die Geldpolitik dadurch auf die Dauer einen sozialpädagogischen Erfolg erzielt, indem sie den Massen und den Politikern und Funktionären durch andauernde Drohung mit Rezession und Unterbeschäftigung ihre übersteigerten Ansprüche abgewöhnt — vielleicht unterstützt durch eine Dauerberieselung mit sogenannter „moral suasion“. Eine solche Entwöhnungskur dürfte politisch kaum durchsetzbar sein; die nötige Länge des Bremsweges und die Risiken sozialer Unruhe sind dabei kaum abzuschätzen. Es scheint demnach so, als ob auch eine strategische Konzeption der Bekämpfung des dauernden Inflationstrends nur als eine Strategie der Wachstumsförderung realisiert werden kann. Wir stehen ohnehin vor der schwierigen Aufgabe, unserer Bevölkerung beizubringen, daß das Wachstum des allgemeinen Wohlstandes sich nicht mehr in so starkem Maße wie bisher in Form einer Steigerung des privaten Konsums vollziehen kann. Die Engpässe unserer Wohlstandsentwicklung sind die großen Kollektivaufgaben von Städtebau, Raumordnung, Verkehrswesen, Bildung, Forschung und Entwicklung; hierfür werden ohnehin Opfer (z. B. in Form höherer Steuern) zu bringen sein.

Wenn diese rohe Lagediagnose ungefähr stimmt, wie können dann Maßnahmen zur Förderung des Wachstums und damit zur Verbesserung der langfristigen Aussichten der Preisstabilität — unter Vermeidung unnützer Opfer an kurzfristiger Preisstabilität — aussehen? Sie setzen zunächst eine in jeder Lage neu vorzunehmende Diagnose der Inflationsursachen voraus. In der jüngeren Vergangenheit war ein guter Teil des Anstiegs des Preisindex der Lebenshaltung überhaupt gar nicht auf einen Nachfrageüberhang zurückzuführen, sondern auf die autonome Heraufsetzung von „Taxen“, nämlich öffentlicher Gebühren und staatlich fixierter Preise, wie etwa der Postge-

bühren, der Altbaumieten u. dgl. Bei anderen Gütern der Lebenshaltung, vorwiegend Agrarprodukten, sind neue Marktordnungen oder vorübergehende Verknappungen für den Preisanstieg verantwortlich. Solchen Korrekturen des Preisgefüges müßten bei stabilem Geldwert Preissenkungen an anderer Stelle entsprechen, jedoch wäre es nicht sinnvoll, solche kompensatorischen Preissenkungen durch monetäre Restriktionen zu erzwingen. Statt dessen sollte bei staatlich gesetzten Preisen das konjunkturelle „timing“ etwas besser beachtet werden.

Soweit die Steigerung des Preisniveaus auf einem globalen Nachfrageüberschuß beruht, müßten die Komponenten der Gesamtnachfrage einzeln beeinflusst werden, statt an beliebiger Stelle oder gar vorzugsweise stets nur an den Investitionen anzusetzen. Dabei fällt eine scheinbar autonome Komponente, nämlich die Nachfrage des Auslandes, als beeinflussbar aus, solange weder am Wechselkurs noch an den Importbelastungen und Exportentlastungen gerührt werden darf. Werden diese Tabus aufrechterhalten, so kann jedoch ein Zurückbleiben der inneren Inflation hinter der Weltinflation nur durch ständig steigende Exportüberschüsse und dauerndes Ankämpfen gegen die „importierte Inflation“ aufrechterhalten werden. Da auf einen internationalen Gleichschritt in der Inflationsbekämpfung schwerlich zu rechnen ist, wird man sich schon ernstlich Maßnahmen der „außenwirtschaftlichen Absicherung“ — wie etwa die vom Sachverständigenrat vorgeschlagenen — einfallen lassen müssen. Bei den Komponenten der inländischen Nachfrage ist als dringlich die Abstimmung zwischen der privaten Nachfrage und der der öffentlichen Hände anzusehen; die letztere müßte sowohl langfristig sorgfältiger geplant als auch konjunkturell flexibler ausgeübt werden, nicht nur ihrer Höhe und Struktur nach, sondern auch hinsichtlich ihrer Finanzierung aus Steuern und Anleihen. Die private Investitionsnachfrage wäre nur dann einzudämmen, wenn der Herd der Preissteigerungen in der Investitionsgüterindustrie liegt; in allen anderen Fällen muß der private Konsum beeinflusst werden, dessen Dämpfung ja auch Voraussetzung höherer Investitionen unter Wahrung der Geldwertstabilität ist. Als Maßnahmen hierfür bieten sich an: eine Einkommenspolitik und eine Politik der Förderung des privaten Sparens. Eine Begrenzung der Steigerung der Masseneinkommen, also vorwiegend der Löhne auf sogenannte kostenniveauneutrale Lohnsteigerungen, ist jedoch nur erreichbar und zumutbar, wenn

auch die übrigen Einkommen, vor allem die Unternehmergewinne, in Grenzen gehalten werden und auf diese Weise eine Zurückhaltung der Lohnempfänger, die diese ja schon einmal längere Zeit in der Wiederaufbauphase nach dem Kriege geübt haben, diesen nicht durch neuerliche Preisniveausteigerungen vergolten wird. Da Gewinne sich — außer durch Preisstopp — nicht normieren lassen, bliebe hier nur die Möglichkeit einer flexiblen Gewinnbesteuerung, die aber von den Unternehmern mit aller Härte abgelehnt wird. Vermutlich ist also eine Beeinflussung der Einkommensverwendung erfolgversprechender als eine Steuerung der Einkommen selbst. Die bisherigen, für den Staat sehr kostspieligen Maßnahmen zur Förderung des privaten Sparens (Steuerbegünstigung, Sparprämien) sind nicht besonders wirksam gewesen, da sie zu einem großen Teil nicht die Höhe der Ersparnisbildung, sondern die Anlageform ohnehin gebildeter Ersparnisse beeinflusst haben. Die Sparförderung müßte vor allem das Sparen aus den Masseneinkommen stärker begünstigen und für diese Ersparnisse geldwertsichere Anlageformen schaffen. Mit höherem Sparen aus den Masseneinkommen würde auch die Verteilungsproblematik entschärft, nämlich einmal dadurch, daß es zu einer wirklich nennenswerten Vermögensbildung auch breiterer Schichten käme, und zum anderen dadurch, daß nominale Lohnerhöhungen dann nicht mehr dauernd zu einem großen Teil als Folge übermäßiger Nachfrage nach Konsumgütern in Form von Preissteigerungen wieder verlorengingen. Sehen wir von diesem wichtigen sozialpolitischen Zweck ab, so kommt es bei der Bekämpfung der schleichenden Inflation also darauf an, einen Teil der Nominallohnerhöhungen stillzulegen. Soweit die Ersparnisbildung die Fähigkeit des Kreditsystems zur Kreditvergabe erhöht, soll diese natürlich nicht automatisch auch ausgenutzt werden; denn die Funktion der Ersparnis in einer Anti-Inflationspolitik ist nur die Drosselung der Überkonsumtion, neben der je nach Situation auch eine Drosselung der Investitionen angezeigt sein kann. Das aber bleibt nach wie vor die Domäne der Geldpolitik, unterstützt durch die Fiskalpolitik. Im übrigen aber führt der globale Einsatz nur der Geldpolitik zur Bekämpfung einer schleichenden Inflation auf lange Sicht nicht zum Erfolg, sondern auf einen Irrweg. Der Wegweiser dorthin besteht aus überkommenen konjunkturpolitischen Vorstellungen, an denen man in einer veränderten gesellschaftlichen und weltwirtschaftlichen Situation sich nicht ausschließlich festklammern sollte.